

Blickpunkt Europa

Europapolitisches Magazin

Ausgabe 32 | Juli 2021



Fraktion der Progressiven Allianz der
Sozialdemokraten
im Europäischen Parlament

Liebe Leserin, lieber Leser,



auch mit der aktuellen Ausgabe meines Infomagazins informiere ich gerne über aktuelle Themen und Entwicklungen in der Europäischen Union, die Euch und Ihnen

einen kleinen Einblick in meine Arbeit als Mitglied der S&D-Fraktion im Europäischen Parlament gibt.

Die Pandemie hat nicht nur uns Europäer zu radikalen Maßnahmen greifen lassen, um die Menschen und ihre Gesundheit zu schützen. Die EU-Covid-Zertifikate sind daher ein erster Schritt zurück zur Normalität.

Seit Monaten ist das Vereinigte Königreich kein EU-Mitglied mehr – viele Fragen sind jedoch nach wie vor ungeklärt – z. B. beim Datenschutz.

Bei der europäischen Grenz- und Küstenwache Frontex läuft seit Längerem einiges „nicht rund“. In einem Bericht erkläre ich, warum meine Sozialdemokratische Fraktion Frontex für das Haushaltsjahr 2019 die Entlastung verweigert hat.

Neben einem kurzen Text zum Stand der Dinge um die Besuchergruppen in diesem Jahr gibt es natürlich wieder einen Rückblick auf einige Termine und Gespräche, die ich in den vergangenen Monaten führen konnte.

Ich wünsche wie immer eine spannende Lektüre!

Herzliche Grüße, Ihre

Birgit Pippel

Digitale EU Covid-Zertifikate: Der erste Schritt zur Rückkehr zu einer offenen und freien EU

Über ein Jahr haben wir während der Pandemie einen Flickenteppich an Reisebeschränkungen erlebt. Sogar zu Grenzsicherungen haben sich manche EU-Mitgliedstaaten hinreißen lassen. Während wir zuvor kaum bemerkt hatten, von einem Land ins andere zu kommen, standen wir plötzlich vor verschlossenen Grenzen. Dabei ist die Abschaffung der Grenzkontrollen eine der größten Errungenschaften der Europäischen Union. Sie war sogar so erfolgreich, dass ein grenzfreies Europa für viele selbstverständlich wurde und es sich nur wenige anders vorstellen konnten.

Leider konnten sich die Mitgliedstaaten in dieser schwierigen Zeit nicht auf eine gemeinsame und koordinierte Lösung für diese Herausforderung einigen. Trotz der besten Absichten der nationalen Regierungen und der Kommission, mehr als eine einheitlich eingefärbte Karte der Risikogebiete kam nach langen Gesprächen der Staats- und Regierungschefs nicht heraus.



Doch jetzt kommt hoffentlich ein Stein ins Rollen. Denn nach intensiven und schwierigen Verhandlungen, die teilweise bis spät in die Nacht gingen, haben sich das Europäische Parlament und der Rat im Eiltempo auf digitale EU COVID Zertifikate geeinigt. Damit wurden die Voraussetzungen für die Mitgliedstaaten geschaffen, den digitalen Nachweis pünktlich zum Sommer einzuführen. Die Zertifikate werden ab Anfang Juli den Reiseverkehr innerhalb der EU erleichtern.

Die digitalen COVID-19 Zertifikate ermöglichen es den Mitgliedstaaten, Nachweise für eine Impfung, einen negativen Test oder eine Genesung von COVID-19 gegenseitig anzuerkennen und zu verifizieren. In den Verhandlungen konnte das Parlament, auch auf Drängen meiner sozialdemokratischen Fraktion, durchsetzen, dass sich der Rat verbindlich dazu bekennt, die Zertifikate als Ausgangspunkt für die Aufhebung der Reisebeschränkungen zu nutzen.

Außerdem konnten wir durchsetzen, dass sich die Mitgliedstaaten verpflichten von Reisebeschränkungen, wie Tests oder Quarantäne, für Zertifikatsträger*innen abzusehen, sofern es die epidemiologische Lage erlaubt. Damit können die Zertifikate einen wesentlichen Beitrag zur Vereinfachung der Reisefreiheit in der Pandemie leisten.

Auch beim Datenschutz und der Datenminimierung konnten wir Verbesserungen erreichen. Dies gilt insbesondere für den sogenannten „Vertrauensrahmen“, der es

den Mitgliedstaaten ermöglicht, die jeweilig ausgestellten Zertifikate gegenseitig zu verifizieren. Dabei werden keine personenbezogenen Daten grenzüberschreitend übertragen. Zwischen den Mitgliedstaaten und dem Verifizierungssystem der Kommission wird beim Scan des QR-Codes einzig ein öffentlicher Verschlüsselungscode übermittelt. Mit diesem kann schnell und einfach überprüft werden, ob ein Zertifikat gültig ist.

Das System ist bereits seit Anfang Juni funktionsfähig, um den Mitgliedstaaten die Möglichkeit zu geben, sich damit vertraut zu machen und letzte technische Fragen zu klären. Es gibt zwar eine Übergangsphase von sechs Wochen, in der

auch noch Zertifikate genutzt werden können, die noch nicht den neuen Regeln entsprechen. Ab Mitte August sind dann aber nur noch die Zertifikate gültig, die den Anforderungen entsprechen, weshalb die Umsetzung nun zügig erfolgen muss.

Dabei sind jetzt insbesondere die nationalen Regierungen gefragt. Es geht einerseits um die schnelle Umsetzung des Rechtsrahmens und der Ausstellung der Zertifikate für alle Bürgerinnen und Bürger. Die Mitgliedstaaten sollten das EU-System andererseits aber auch nutzen, um die Verifizierung für nationale Zwecke, wie etwa Museumsbesuche, zu ermöglichen. So können wir ein erneutes

Chaos vermeiden, wie wir es etwa bei den verschiedenen Corona-Warn-Apps erlebt haben. Dies war aber aufgrund nationaler Kompetenzen leider nicht verbindlich auf EU-Ebene zu regeln.

Dennoch sollen die Zertifikate nun dabei helfen für zwölf Monate die Freizügigkeit zu erleichtern, ohne dabei zur Voraussetzung für Reisefreiheit zu werden. Danach laufen sie automatisch aus und sollten sie dann noch nötig sein, bedarf es einer erneuten öffentlichen Debatte. Zunächst einmal wurde jedoch der erste Schritt getan, um pünktlich zum Sommer wieder zu der grenzfreien EU zurückzukehren, die wir kennen und schätzen gelernt haben.

Frontex - Führungsebene außer Kontrolle?

Die europäische Grenz- und Küstenwache Frontex sieht sich seit Langem mit Skandalen und immer neuen Enthüllungen konfrontiert. Zahlreiche Medienberichte haben detailliert dokumentiert, dass Frontex direkt oder indirekt in schwerwiegende Menschenrechtsverletzungen involviert sein könnte oder zumindest von diesen Kenntnis hatte.

Hier steht insbesondere die mögliche Teilnahme an sogenannten Pushbacks in der Ägäis im Raum. Dabei geht es darum, dass griechische Grenzbeamte und womöglich auch Beamte aus anderen Mitgliedstaaten, die als Teil einer Frontex-Mission agieren, widerrechtlich schutzsuchende Menschen abgeschoben haben, ohne deren Asylanträge aufzunehmen.

Laut internationalem und EU-Recht sind wir verpflichtet, den Zugang zum Asylsystem und eine Einzelfallprüfung zu gewährleisten. Frontex selber berichtete von regelmäßigen Kontrollen von Booten, bei denen aber niemand Anträge auf Schutzstatus geäußert hätte. Deshalb dürfe man die Menschen ohne weitere Prüfung direkt in die Türkei abschieben, sagen Frontex und die griechische Küstenwache.

Diese Aussagen decken sich nicht mit Äußerungen der betroffenen Menschen in Medienberichten. Die Frage ist ohnehin, wie in einer solchen Situation auf dem Meer, wenn die Menschen womöglich verzweifelt und verunsichert sind, sicher erkannt werden kann, ob jemand Schutzstatus braucht.

Auch Frontex-Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern sind im Einsatz Unregelmäßig-

keiten aufgefallen, aber nur wenige haben sogenannte Berichte über schwerwiegende Vorfälle eingereicht. Die Frontex-Führungsebene hat sich bei der Untersuchung der Fälle häufig mit einfachen Dementi der griechischen Einsatzkräfte zufriedengegeben. Etwas genauer untersucht wurden die Vorfälle erst nach öffentlichem Druck, aber auch dann nur mit wenig Engagement.

Mit den internen Melde- und Beschwerdemechanismen bei Frontex hat sich auch die Europäische Ombudsstelle auseinandergesetzt. Ihrem Fazit nach ist es möglich, dass die existierenden Mechanismen nicht ausreichend bekannt sind oder Beschwerden aus Furcht vor negativen Konsequenzen nicht eingereicht werden.

Außerdem gibt es Berichte über eine desaströse Arbeitskultur bei Frontex. So heißt es, dass neue Frontex-Rekruten während der Pandemie oft über ihre nächsten Einsätze im Dunkeln gelassen und COVID-Maßnahmen nicht ausreichend umgesetzt wurden. Sogar das Europäische Amt für Betrugsbekämpfung OLAF ermittelt seit Ende letzten Jahres wegen Belästigungen und Fehlverhalten bei Frontex.

Generell scheint die Rekrutierung ein Problem von Frontex zu sein. Denn die Agentur war verpflichtet, bis zum 5. Dezember 2020 mindestens 40 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter anzustellen, die sich speziell um die Frage der Einhaltung von Grundrechten kümmern. Bis Ende Dezember 2020 wurde jedoch kein einziger Posten besetzt und auch Monate später hat Frontex dieses Versäumnis weitgehend nicht aufgearbeitet.

Wegen dieser Verfehlung hat das Europäische Parlament mit Unterstützung meiner sozialdemokratischen Fraktion Frontex die Entlastung für das Haushaltsjahr 2019 verweigert. Auch fragwürdige Deals über die Beschaffung von Ausrüstung, kostspielige Partys und Abendessen sowie verheimlichte Lobbytreffen mit der Rüstungsindustrie reihen sich nahtlos in das katastrophale Bild ab, das Frontex derzeit abgibt.

Als Reaktion auf die nicht endende Flut an Berichten hat das Parlament eine Arbeitsgruppe eingerichtet, die die Berichte untersucht. Dennoch fehlt es in der Führungsebene von Frontex und insbesondere dem Exekutivdirektor Leggeri an Unrechtsbewusstsein. So waren die schriftlichen und mündlichen Berichte, die Leggeri dem Parlament nur schleppend geliefert hat, nicht umfassend und auch nicht ganz ehrlich. Aufgrund dieses Verhaltens ist für uns Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten seit längerem klar, dass er seinen Posten räumen muss.

Doch den Mitgliedstaaten, die im Frontex-Verwaltungsrat die Agentur und ihre Führungsebene eigentlich kontrollieren sollten, fehlt es am Willen, dem Treiben ein Ende zu setzen. Dieser Unwillen der Mitgliedstaaten im Verwaltungsrat ist hoch problematisch, da allein sie die Möglichkeit haben, den Exekutivdirektor zu entlassen. Doch die schiere Anzahl der Probleme zeigt auch, dass es mit Leggeris Entlassung allein nicht getan sein kann. Es braucht einen kompletten Neustart der Führungsspitze in der Agentur, funktionierende Überwachungsmechanismen und mehr Transparenz.

Brexit – „Blanko-Scheck für mögliche Datenschutzverstöße“



EU-weit war bei vielen die Erleichterung groß, als am 24. Dezember 2020 die Neuigkeit die Runde machte, die Europäische Kommission habe kurz vor knapp doch eine Einigung mit dem Vereinigten Königreich zum Austritt aus der Union erreichen können und so das „worst case“ Szenario eines „No deal“ verhindert.

Aber auch mehrere Monate nach dem erfolgreichen „Deal“ sind zahlreiche Fragen ungeklärt, etwa im Bereich des Datenschutzes. Denn während viele Aspekte im Bereich des Handels, der polizeilichen und justiziellen Zusammenarbeit oder auch der zukünftigen Beziehungen zwischen der EU und UK im „Trade and Cooperation Agreement“ – zumindest weitgehend – geregelt sind und der Vertragstext Ende April final im Europäischen Parlament angenommen wurde, galt hinsichtlich des Datenaustauschs zunächst nur eine Übergangsfrist bis Ende Juni 2021; innerhalb dieser Frist wurde das VK aus datenschutzrechtlicher Sicht weiterhin als EU-Mitgliedsstaat angesehen. Die Details für die datenschutzrechtliche Zusammenarbeit zwischen der EU und dem VK ab Juli 2021 werden in sogenannten Angemessenheitsbeschlüssen („Adequacy decisions“) der Kommission geregelt.

Dazu hat diese bereits Mitte Februar zwei erste Beschlussvorschläge vorgelegt, die sowohl die Übermittlung von personenbezogenen Daten zwischen Behörden sowie im kommerziellen Bereich regeln sollten. Damit wollte die Kommission dem VK offiziell bescheinigen, dass personenbezogene Daten im VK einen mit dem europäischen Datenschutzrecht vergleichbaren Schutz genießen und somit die Voraussetzung der DSGVO für die Übermittlung personenbezogener Daten an ein Drittland (= VK seit dem EU-Austritt) erfüllt sind. Nach viel Kritik legte die EU-Kommission Ende Juni noch einmal leicht überarbeitete Beschlussvorschläge vor: Laut Kommission sei das Datenschutzniveau in den vergangenen Monaten weitreichend überprüft worden. Die Angemessenheitsbeschlüsse sollen zunächst für vier Jahre ausgestellt werden.

Trotz kleinerer Änderungen zwischen den beiden Versionen der Angemessenheitsvorschläge bleiben die Hauptkritikpunkte des Europäischen Parlaments und insbesondere innerhalb der sozialdemokratischen S&D-Fraktion leider bestehen. Denn nur kurze Zeit vor dem Brexit-Deal, im Oktober 2020, hatte der Europäische

Gerichtshof (EuGH) geurteilt, die vom britischen Geheimdienst praktizierte Sammlung und Nutzung von Massenkommunikationsdaten sei nicht mit der EU-Grundrechtecharta vereinbar. Tatsächlich überwacht die britische Regierung durch den Geheimdienst GCHQ massenhaft Kommunikationsdaten und arbeitet dafür eng mit den USA zusammen, auch nach einer Gesetzesänderung in Folge des EuGH-Urteils. In der Vergangenheit hatte der EuGH bereits zwei ähnliche Datenschutz-Entscheidungen der Kommission zur Übermittlung von personenbezogenen Daten mit den USA („Safe Harbour“ & „Privacy Shield“) wegen der umfassenden Überwachungsrechte von US-Geheimdiensten einkassiert. Die Kritik des Parlaments wurde u.a. auch in einer Stellungnahme des Europäischen Datenschutzausschusses (EDSA) bestätigt.

Aufgrund der Verträge hat das EU-Parlament bei Angemessenheitsbeschlüssen kein Mitspracherecht. Dennoch bleiben wir nicht stumm und machen unsere Kritik in einer Parlamentsentschließung deutlich: Auf Druck von Sozialdemokrat:innen und weiteren Mitte-Links-Fraktionen unterstreichen wir, dass die Angemessenheitsbeschlüsse dem Unionsrecht aus unserer Sicht nicht entsprechen. Darüber hinaus fordern wir strenge Kontroll- und Prüfmechanismen unter Einbeziehung des Europäischen Parlaments, insbesondere bei möglichen zukünftigen Gesetzesänderungen im VK. Aber auch Datenschutzaktivist:innen haben bereits angekündigt, die Angemessenheitsbeschlüsse zu prüfen und gegebenenfalls zu klagen.

Besucher im Europäischen Parlament

Aufgrund der weiterhin andauernden Pandemie wurde der Besucherverkehr bis Ende des August 2021 eingestellt.

Ob und ggf. unter welchen Bedingungen das Europäische Parlament nach der Sommerpause besucht werden darf, wird in Abhängigkeit von den weiteren Entwicklungen der Pandemie zeitaktuell entschieden.



Termine vor Ort in NRW



Birgit Sippel beim Arbeitnehmerempfang des DGB Kreisverbandes HSK und Olpe

Das Jahr 2021 begann so, wie das Jahr 2020 endete: mit Einschränkungen des gesellschaftlichen und privaten Lebens, die als Maßnahme bei der Bekämpfung des Covid-19-Virus in allen Mitgliedsstaaten der Europäischen Union eingesetzt wurden.

Präsenztreffen mussten digitalen Formaten weichen, was aber die Gesprächsbereitschaft in Anbetracht der Fülle an wichtigen Themen zum Glück nicht minderte.

Im Dezember 2020 luden mich Vertreter*innen des Kommissariats der deutschen Bischöfe aus Berlin zu einem Austausch über das gemeinsame europäische Asylsystem.

Bei mehreren Veranstaltungen „unter Frauen“ haben wir sowohl die politischen als auch die alltagsrelevanten Fragen bezogen auf die Situation „unter Covid-19-Maßnahmen“ beleuchtet. Dabei zeigte sich, dass auch Frauen – insbesondere Mütter – enorme Lasten tragen müssen. Unterstützung bei diesen Gesprächen

bekam ich von der Landtagsabgeordneten Marlies Stotz und der Bundestagsabgeordneten Nezaht Baradari.

Im März und April lud ich interessierte Menschen zu Diskussionen über verschiedene Themen ein. Marlies Stotz MdL unterstützte mich als bildungspolitische Expertin beim Austausch zu „Lernen in der Coronazeit“. Im April folgten „Datenschutz ist Schuld...“ mit dem innenpolitischen Experten Sebastian Hartmann MdB und

„Digitalisierung, Klimaschutz, Nachhaltigkeit...“, wo ich fachlich von Delara Burkhardt MdEP aus dem Umweltausschuss des Europäischen Parlaments unterstützt wurde. Auch der inzwischen schon traditionelle Girls' Day der sozialdemokratischen Europaabgeordneten aus NRW fand dieses Jahr auf einer digitalen Plattform statt.

Schulbesuche waren in den vergangenen Monaten zwar nicht möglich, aber ich folgte gerne Einladungen mehrerer Schulen zu digitalen Gesprächen mit Schülerinnen und Schülern. Darunter war z. B. das Gymnasium Stadt Keppel aus Hilchenbach, deren Schülerschaft schon im Vorfeld einen sehr umfangreichen Fragenkatalog erstellte. Aber auch Schülerinnen und Schüler der Gesamtschule Aspe aus Bad Salzuflen sowie des Berufskollegs Wirtschaft und Verwaltung des Kreises Siegen-Wittgenstein haben sich im Rahmen ihrer Projekttag intensiv mit Fragen zur Europäischen Union auseinandergesetzt.

Einen Präsenztermin durfte ich dann dennoch wahrnehmen. Die DGB-Kreisverbände Olpe und HSK organisierten in der Olper Innenstadt eine Veranstaltung anlässlich des Tags der Arbeit. Neben regionalen Vertretern sprach dabei auch Jörg Hofmann als Vorsitzender der IG Metall. Die Organisatoren haben dabei eindrucksvoll bewiesen, dass man wichtige Botschaften auch unter strengen „Corona-Auflagen“ der breiten Öffentlichkeit präsentieren kann.

Impressum

Verantwortlich: Birgit Sippel MdEP · Ulricherstraße 26 · 59494 Soest
Telefon: 02921 599 1750 · europa@birgit-sippel.de · www.birgitsippel.de
www.facebook.com/BirgitSippel · www.twitter.com/BirgitSippelMEP

Redaktion: Birgit Sippel MdEP / S&D-Fraktion im EP

Satz: ensemble»design, Soest/München

Fotos: Birgit Sippel MdEP · © scaliger – stock.adobe.com
© lazyllama – stock.adobe.com · © European Union 2011 PE-EP Paul-Henri SPAAK
building: © Association des Architectes du CIC: Vanden Bossche sprl, CRV s.A., CDG sprl, Studiegroep D. Bontinck

